

## Sind die etablierten Parteien wirkliche WAHL - Alternativen?

Fragen und Perspektiven von Wolfgang Fischer

Gläubige Christen, Anders- und Ungläubige, finden Sie, dass die Politik genügend sorgsam mit der Natur umgeht? Und wie steht es um den Umgang mit den Menschen, speziell den Ärmsten und Ausgegrenzten? Gilt denen tatsächlich der besondere Schutz gebotener Nächstenliebe? Finden Sie, dass die Kirchen genügend fest auf der Seite der Benachteiligten stehen?

Wo Sie hinschauen, spielen die Geheimdienste ihr seltsam kriminelles Spiel. Sollen sie weiterhin durch Intrigen und Finanzieren von Konflikten die Sicherheit des friedlichen Zusammenlebens der Menschen gefährden dürfen? Sollte es den Geheimdiensten wirklich weiterhin erlaubt sein, Verbrechen anzustiften und zu begehen, wie es allgemeine Praxis der USA bis hin zum politisch begründeten Mord ist? Sehen Sie einen Unterschied zwischen staatlich inszeniertem und ‚privatem‘ Terror?

Fragen auch Sie sich, was die USA dazu berechtigt, ein Lehmhüttenland wie Afghanistan mit völkerrechtlich verbotenen Waffen anzugreifen und dort weit mehr unschuldige Menschen töten, als in den Terrorakten vom 11.9. umgekommen sind? Und was halten Sie von dem aktuellen Gerede vom Erst-Einsatz taktischer Atomwaffen? Ist die Zivilisation tatsächlich am Ende?

Finden Sie es richtig, dass die zur Verteidigung der Landesgrenzen auf dem Boden des Grundgesetzes geschaffene Deutsche Bundeswehr mittlerweile an weltweiten Kriegseinsätzen teilnimmt?

Glauben Sie, dass es tatsächlich um einen 'Kampf gegen den internationalen Terrorismus' geht oder vermuten auch Sie andere wirtschaftliche und geopolitische Strategien hinter den vorgegebenen humanitären Motiven?

Wahrscheinlich sind auch Sie für den Frieden und auch dafür, dass internationale Streitigkeiten durch Dialog und Verhandlung geklärt werden, nötigenfalls durch wirtschaftlichen Druck, ausgehend von der weltweiten Solidargemeinschaft der Nationen. Sehen sie dieses Interesse durch die politischen Parteien vertreten?

Sehen Sie in der Tatsache, dass die Weltwirtschaft zu einem erheblichen Teil auf Waffenproduktion und -handel beruht auch eine wesentliche Ursache für den laufenden Einsatz all dieser Waffen?

Halten Sie es für gerecht, dass Entscheidungen der Weltgemeinschaft innerhalb der UNO durch ein Einspruchsrecht einer Großmacht weiterhin blockiert werden können? Kann es sogar eine Immunität für Kriegsverbrechen geben?

Das Grundgesetz definiert die Bundesrepublik Deutschland als sozialen Rechtsstaat, in dem das Kapital sozial gebunden ist, d.h. es soll dem Allgemeinwohl dienen. Halten Sie es vor diesem Hintergrund für richtig, dass die Großindustrie heutzutage kaum noch Steuern zahlt, astronomische Gewinne deklariert und an die Aktionäre verteilt, während dem Staat das Geld für Sozialausgaben fehlt und die Abgabenlast für den Normalbürger ständig ansteigt? Spekulationen auf Gewinne, wie wir es an den Börsen erleben, können Arbeitsplätze vernichten. Die Arbeit als solche ist wertloser geworden als der spekulative Gewinn durch Nicht-Arbeit. In diesem Zusammenhang ist es geradezu obszön wie Politiker mit Blick auf die Basisansprüche der Ärmsten, der Asylsuchenden und Arbeitslosen von Sozial-Schmarotzertum sprechen. Finden Sie nicht auch, dass das die Wahrheit auf den Kopf stellt?

Ist es in Ihrem Sinn gerecht, dass die Diäten der Politiker in großen Schritten steigen und in den Bundesländern völlig unangemessene Höhen erreicht haben, während der Arbeitnehmer um den Inflationsausgleich kämpfen muß? Halten Sie es für sozial ausgewogen, dass sich die Einnahmen der Manager der Großbanken in den letzten sechs Jahren mehr als verdoppelt haben, während diese Banken tausende von Arbeitsplätzen vernichtet haben?

Fällt auch Ihnen auf, dass Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sehr oft von einschlägigen gerichtlichen Verfahren freigestellt werden, während Steuervergehen z.B. den Normalbürger hinter Gitter bringen können ohne Rücksicht auf Konsequenzen für die materielle Sicherheit ihrer Familien?

Wenn Sie Autofahrer sind, halten Sie es sicher für angemessen, dass von Ihnen eine Haftpflichtversicherung gefordert ist, die dazu taugt etwaige durch Ihr Kraftfahrzeug verursachte Schäden abzudecken. Haben Sie sich nicht auch schon gefragt, wieso von der Atomindustrie für das von ihren Anlagen ausgehende unvergleichlich höhere Risiko keine entsprechend hohe Haftpflichtversicherung gefordert ist?

Sind Sie gefragt worden, ob Sie es für sinnvoll halten die Deutsche Bundespost in Privatunternehmen umzuwandeln? Halten Sie dieses Umwandeln im Nachhinein für vorteilhaft? Hat sich der Service für den Bürger verbessert? Ist Ihre Stromrechnung aufgrund der Privatisierung niedriger ausgefallen? Und wie steht es um die geplanten Privatisierungen der Wasserversorgung, der Universitäten, der Schulen, des Gesundheitssystems - halten Sie das für richtig und weiterführend?

Waren in Ihren Augen alle gesellschaftlichen Einrichtungen der ehemaligen DDR tatsächlich schlechter als die der Bundesrepublik und sind diese tatsächlich besser als die des ehemaligen Brudersstaats? Sind wir zu den Wünschen für unsere gemeinsame Verfassung befragt worden so wie es das Grundgesetz vorsieht?

Wenn auch Sie sehen, dass Ihre Fragen von den politischen Parteien und Kräften unbefriedigend beantwortet werden, dann liegt doch auf der Hand, nach anderen Möglichkeiten zu suchen. Oder haben Sie nach dem Motto resigniert, ‚wir können ja doch nichts ändern - die Großen machen ja doch was sie wollen‘?

Um uns weitere Möglichkeiten zu erschließen, dürfen die Stimmen der Kritiker nicht länger schweigen oder ungehört bleiben. Das bedeutet beispielsweise auch, dass die Stimmen derer, die bei den kommenden Wahlen in keiner der angebotenen politischen Parteien und Gruppen eine zukunftsichernde Alternative sehen weil gerade deren politische Kräfte der Gegenwart nicht gerecht werden und damit die Zukunft verspielen, nicht weiter unter den Tisch fallen dürfen. Eine gut funktionierende Demokratie darf die Stimmen eines Großteils der Wahlberechtigten nicht unter den Teppich kehren!

Die Nichtwähler aus Protest müssen sich formieren, sonst nutzt die ganze Protesthaltung nichts und verpufft chancenlos! Das Votum für den Frieden, für weltweite soziale Gerechtigkeit und ökologische Verträglichkeit muß sich gerade in einem sozialen Rechtsstaat bemerkbar machen. Genausowenig, wie friedliche Demonstrationen kriminalisiert werden dürfen, dürfen Wahlen abgehalten werden, ohne den ernsthaften Versuch, die Nichtwähler mit einzubinden. Realität ist, dass Wahlergebnisse sich bislang prozentual immer auf 100% Wahlbeteiligung berechnen, nie auf die tatsächlichen Zahlen - damit wird durch geschönte Zahlen regelmäßig eine zu große Unterstützung der politischen Linie vorgetäuscht. Um diesem Missstand der Systemtugle zu begegnen, muss das Votum der Protest-Nicht-Wähler zahlenmäßig erfasst und inhaltlich thematisiert und veröffentlicht werden.

**Die Zahl dieser kritischen Gruppe muß aus dem Dunkel des Schweigens heraustreten ans Licht der Öffentlichkeit.**

Da Wahlscheine das Erfassen des Protests durch ein entsprechendes mitzuzählendes Votum nicht ermöglichen, muß diese Möglichkeit geschaffen werden. Dazu ist es notwendig, diese Protest-Stimmen zählen zu lassen. Praktisch läßt sich das beispielsweise dadurch verwirklichen, dass die Wahlbenachrichtigungen an eine vorher bestimmte Adresse geschickt werden, dort zahlenmäßig erfasst und veröffentlicht werden. Parallel dazu müssen selbstverständlich die oben angeführten und alle anderen offenen Fragen breit in die Öffentlichkeit getragen werden, um einen Solidarisierungseffekt zu ermöglichen.

Ziel dieser Aktion kann es nur sein, neben dem Druck auf die politischen Parteien neue alternative politische Gruppierungen zu bilden, die aktiv in den politischen Prozess eingreifen, um notwendige Antworten auf die tatsächlichen Bedrohungen eines friedvollen Miteinanders zu finden und diese auch umzusetzen.

**siehe auch:** - **Wahl-Protest-Aktion** [<http://wahl-protest-aktion.de>] mit Protest-Wahlschein,

- **Aktion Wahl-Boycott**, [<http://Wahl-Boycott2002.de>] Atom-Ausstieg und Frieden wählen! [<http://www.wahlboykott2002.de>],

- die **Anti-Wahl-Seite** [<http://www.wahlquark.de.vu>] will Transparenz über laufende Debatten, Projekte, Aktionsvorschläge usw.schaffen.